

Apartheid in Südafrika gelockert?

Autor(en): **Kremos, Helen**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **68 (1974)**

Heft 3

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-142346>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

sation als neu und erstmalig bezeichnet werden. Und in dieser neuen Situation stellt sich auch die Frage nach der Abrüstung neu. Wer ohne neue Prüfung die Abrüstung für unmöglich hält, denkt nicht geschichtlich und vergleicht Dinge miteinander, die nicht miteinander verglichen werden können.

Hansjörg Braunschweig

Apartheid in Südafrika gelockert?

In der von 23 Millionen Menschen bewohnten, durch eine Minderheit von 4 Millionen Weißen regierten Republik Südafrika, scheint einiges in Fluß geraten zu sein. Die überraschende Kunde von der Einladung Premierministers Vorster an die neun schwarzen Führer der «Heimatländer» zu einem Gespräch am «Runden Tisch» ist ein Novum. Ob dadurch eine Entschärfung der gespannten Lage zustande kommen wird, bleibt abzuwarten. Der zu Beginn dieses Jahres in Natal durchgeführte viertägige Ausstand von zehntausend Schwarzen in zehn Fabriken zeigt, daß die im vergangenen Jahr durch zahlreiche Streiks erzwungenen Zugeständnisse für bessere Löhne, menschenwürdige Arbeitsbedingungen und Ausbildungsmöglichkeiten nicht befriedigen.

Es ist nicht zu bestreiten, daß im Bereich der sogenannten «Kleinen Apartheid» ein zunehmender Abbau der Rassentrennung vor sich geht. So verschwinden in letzter Zeit die Anschriften «Nur für Weiße» bei getrennten Eingängen, Aufzügen, Sitzgelegenheiten, Toiletten. In Privatkliniken versorgen nun auch schwarze Krankenschwestern weiße Patienten, und bei privaten Einladungen werden schwarze Gäste zugelassen. Neu ist auch, daß Schwarzafrikaner, Mischlinge und Inder an Kongressen der oppositionellen Parteien, der «United Party» (Vereinigte Partei) und «Progressive Party» (Progressive Partei), das Wort ergreifen. Die Anliegen der nicht-weißen Rassen werden auch oft und mutig durch die englischsprachigen Zeitungen «The Johannesburg Star» und «Rand Daily Mail» vertreten.

Die meistens durch wirtschaftliche Bedürfnisse entstandene Lockerung der Rassentrennungspolitik kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Regierung der seit fünfundzwanzig Jahren herrschenden «Nationalistischen Partei», an ihrer traditionellen Regierungspraxis festhält. Mit harter Hand ist sie gegen jede der Apartheid-Politik gegenüber kritische Stimme vorgegangen. So hat sie beispielsweise acht Studenten des Verbandes der englischsprechenden Studenten, der für Zusammenarbeit mit schwarzen Studenten eintritt, mit Hausarrest belegt; andern wurden die Pässe abgenommen. Die nicht nachlassenden Angriffe auf das «Christliche Institut von Südafrika», in dem sich

Weißer zusammen mit Schwarzen, um Alternativen zur Apartheid bemühen, lassen das Schlimmste befürchten. Ihre führenden Mitglieder wurden vor Gericht zitiert.

Um jeder Opposition den Boden zu entziehen, hat die Vorster-Regierung am 19. Februar dieses Jahres im Parlament die neuen Gesetzesvorlagen «The Riotous Assemblies and Affected Organisations Bills» eingebracht. Die bekannte englische Zeitung «The Guardian» (20. Febr. 74 und 21. Febr. 74) hat im einzelnen darüber berichtet, was diese Gesetze beinhalten. Der Parlamentsvorsitzende verteidigte diese drastischen Verordnungen als notwendige Maßnahmen gegenüber Terroristen und Gruppen, die darauf tendieren, verfassungswidrige politische, soziale und wirtschaftliche Änderungen in Südafrika herbeizuführen. Aufgrund dieser Gesetze ist in Südafrika die Versammlungsfreiheit total aufgehoben. Der Justizminister kann nach seinem Ermessen Einzelpersonen, Organisationen, Institutionen als staatsgefährliche, aufrührerische Elemente abstempeln und entsprechend gegen sie vorgehen. Gesetzesübertretungen werden mit Geldbußen bis zu 13 000 Pfund oder zehnjähriger Haft geahndet. Die vage Formulierung der Verordnungen ermöglicht es, Einladungen von zwei oder mehr Personen in Privathäusern als aufrührerische, die öffentliche Ordnung gefährdende Zusammenkünfte einzustufen. Wenn es dem weißen Protest nicht gelingt, das Inkrafttreten der eingebrachten Gesetzesvorlagen zu verhindern, werden die jetzt noch funktionsfähigen oppositionellen Kräfte im Polizeistaat Südafrika zum Schweigen gebracht, und eine Liberalisierung der bestehenden politischen Strukturen wird — mindestens vorläufig — verunmöglicht.

Helen Kremos

Flüchtlinge aus Chile

Freiplatzaktion

Das Bild, das in den letzten Februartagen von der Freiplatzaktion in der Presse entstanden ist, verwirrt den von der Aufgabe der Schweiz als Asylland überzeugten Bürger. Die Aktion, in der sich Gemeinden und Einzelne gefunden hatten, um gegen dreitausend Flüchtlinge aus Chile aufzunehmen, wird als extrem links unterwandert hingestellt. Tatsache